

Stellungnahme zum Entwurf der Dienstrechts-Novelle 2013 – Pädagogischer Dienst GZ BKA-920.196/0004-III/1/2013

Sehr geehrte Damen und Herren,

in offener Frist übermittle ich Ihnen meine Stellungnahme zur Dienstrechts-Novelle 2013 – Pädagogischer Dienst.

Das, unter Missachtung der in der österreichischen Politik so hochgehaltenen Sozialpartnerschaft, in Begutachtung geschickte neue Lehrer und Lehrerinnendienstrecht, beinhaltet in keinem einzigen Punkt eine pädagogische Zielsetzung, sondern ist eine reine Sparmaßnahme auf Kosten von Lehrer/innen und Schüler/innen. Es widerspricht somit den öffentlichen Ankündigungen einer Qualitätssteigerung und Individualisierung im Bildungswesen und erscheint in keiner Weise motivationsfördernd sowohl für aktive als auch zukünftige LehrerInnen.

Die Entwertung der Lehrtätigkeit wird durch Herabsetzen der Anforderung auf Bachelor Abschluss und der Liberalisierung, jede Lehrkraft soll künftig in jedem Unterrichtsfach eingesetzt werden dürfen, für zukünftige LehrerInnen festgeschrieben.

Dieser Entwurf leistet der Geringschätzung einer ganzen Berufsgruppe, die sich in der Öffentlichkeit bereits sehr breit gemacht hat, Vorschub. Es ist Aufgabe des BMUKK und der öffentlichen Hand sein Personal gegenüber ungerechtfertigten Anschuldigungen zu schützen, anstatt den Vorwürfen von selbst ernannten Schulexperten durch ein neues "Dienstrecht" indirekt recht zu geben. Dienstrecht steht unter Anführungszeichen, weil der Gesetzesentwurf diesen Namen gar nicht verdient. Anstatt die Aufgaben nach pädagogischen und bildungspolitischen Zielsetzungen neu zu ordnen, bietet der Gesetzesentwurf schlicht eine Arbeitszeiterhöhung mit gleichzeitiger Gehaltskürzung.

Der derzeitige Entwurf für das Lehrerdienstrecht hätte eine deutliche finanzielle Schlechterstellung, verbunden mit einer massiven Arbeitszeiterhöhung, die eine ausgewählte Berufsgruppe trifft, zur Folge. Es wird hier auf dem Rücken der LehrerInnen ein Exempel statuiert, das bald andere Berufsgruppen in ähnlicher Weise treffen kann. Wie man mit einem solchen Dienstrecht "die Besten der Besten" für den Lehrberuf gewinnen will - angesichts eines bevorstehenden, teils bereits bestehenden LehrerInnenmangels -, sei dahingestellt. Darüber hinaus werden in den diversen (inseratenfinanzierten) Medien parallel zu den Vorhaben der Frau Bundesministerin üblicherweise stets passende Kampagnen geführt, die durch gezieltes LehrerInnenbashing diesen wichtigen Beruf noch weiter beschädigen.

Deshalb fordere ich eine gründliche Überarbeitung des neuen Dienstrechts, vor allem eine Tätigkeitsbeschreibung von LehrerInnen, eine Arbeitszeitstudie sowie mehr Unterstützung und Wertschätzung für die Arbeit von LehrerInnen in der Öffentlichkeit vor allem von Dienstgeberseite, insbesondere vom BMUKK.

Hochachtungsvoll,

MMag. Rainer Redl, AHS-Rahlgasse, 1060 Wien

Wien, im September 2013